



Arbeitskreis Frieden

*der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.*

Eine Gefahr für uns alle – AfD-Verbot jetzt?

Die Mitglieder des Arbeitskreises Frieden der Berliner antifaschistischen Vereinigung VVN-BdA teilen die Auffassung der Bundesvereinigung, dass Faschismus eine Gefahr für uns alle ist. Deshalb begrüßen wir, dass bundesweit Hunderttausende auf den Straßen gegen faschistischen Rechtsextremismus, gegen völkischen Rassismus und Antisemitismus protestieren. Erfreulich, dass zahlreiche junge Menschen, ganze Familien am Protest teilnehmen, denn es geht, um ihre und unser aller Zukunft in Frieden und Sicherheit leben zu können.

So einleuchtend ein Verbot der Partei AfD erscheinen mag, so fragwürdig ist ein solcher Weg zur Bekämpfung des Faschismus mit all seinen rassistischen, antisemitistischen, völkischen und militaristischen Grausamkeiten.

Im Falle eines Verbotes wäre die Gefahr für uns alle nicht vorüber, bestenfalls vermindert.

Denn ein Verbot eliminiert nicht rechteextremistisches Gedankengut und Menschen, die ihm frönen. Solch ein Gedankengut existiert auch nicht allein nur in dieser Partei. Die Möglichkeit eines Verbotes nach Artikel 21(2) des Grundgesetzes bietet außerdem keine Gewähr dafür, dass das Bundesverfassungsgericht eine positive Entscheidung fällen würde, sodass die Partei sogar noch Auftrieb erfahren könnte.

Erfahrungsgemäß würde ein Verbotsurteil sich über Jahre hinziehen und jetzt nicht erfolgen.

So gut die Forderung nach einem Verbot der AfD gemeint ist, so ist zu befürchten, dass es „die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln...“ verfehlen dürfte und die Gefahr für uns alle nicht gebannt wäre.

Überzeugte Demokraten, Antifaschisten und Friedenswillige sind deshalb angehalten, sich mit faschistoiden Rechtsextremisten inhaltlich auseinanderzusetzen und über Meinungsunterschiede hinweg gemeinsam zu handeln.

AK Frieden der Berliner VVN-BdA

Berlin, 1. Februar 2024